

Moderne Aus- und Fortbildung in der Thüringer Polizei muss qualitativ weiterentwickelt werden

DPoIG begrüßt Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Gute Ausbildung ist das Fundament für eine erfolgreiche Polizeiarbeit in Thüringen. Dabei haben wir am Bildungszentrum bereits einen guten Standard erreicht. Um die Polizei wieder auf ein personelles Niveau zu bringen, wie es vor über einem Jahrzehnt der Fall war, ist es notwendig, die Anzahl der auszubildenden Anwärterinnen und Anwärter deutlich zu erhöhen. Als Gewerkschaft fordern wir deshalb, dass jedes Jahr 500 neue Anwärter eingestellt werden. Darüber hinaus, ist es notwendig, Nacheinstellungen für diejenigen vorzunehmen, welche die Ausbildung, aus welchen Gründen auch immer, nicht abgeschlossen haben.

Darüber hinaus unterliegt der Polizeiberuf durch sich permanent ändernde Anforderungen einem steten Wandel. Sowohl die Erhöhung der Ausbildungszahlen als auch die Anpassung

der Ausbildungsinhalte erfordern neue Strategien am Bildungszentrum in Meiningen. Wir begrüßen, dass dieses Thema auch von den Regierungsparteien im Freistaat in einem gesonderten Antrag aufgegriffen wurde.

Die darin enthaltenen Vorschläge zur Optimierung und Verbesserung der polizeilichen Ausbildung können wir nur begrüßen. Dabei ist es für uns als gewerkschaftliche Interessenvertretung wichtig, dass die polizeiliche Ausbildung an den gesellschaftlichen Veränderungen, den stetig wachsenden Anforderungen jeglicher Art und der Festigung der inneren Werte eines Polizisten gerecht wird.

Die „Akkreditierung“ und Ausbildung des mittleren Polizeivollzugsdienstes sollten dem vollumfänglich gerecht werden.

Da wir im POLIZEISPIEGEL leider nicht auf alle relevanten Punkte eingehen können, möchten wir einige der uns bedeutsam erscheinenden Schwerpunkte herausgreifen.

Ausbildung des mittleren Dienstes muss einer Überprüfung unterzogen werden

Wie bereits erwähnt, wandeln sich Lehrinhalte im Laufe der Zeit und müssen permanent überprüft werden. Im Rahmen dieser Prüfung sollte eine Aussage dazu getroffen werden, ob die gegenwertigen Lehrinhalte den gegenwertigen und zukünftigen Anforderungen des Polizeidienstes entsprechen.

Weiterhin sollte die Ausbildung des mittleren Dienstes mit einer entsprechenden zivilen Qualifikation abgeschlossen werden. Dies versetzt unsere Kolleg(inn)en in die Lage, dass sie nach einem möglichen Ausscheiden aus dem Polizeidienst über eine in der Wirtschaft sowie anderen Bereichen anerkannte Ausbildung verfügen.

Unter diesen Voraussetzungen dürfte eine zweijährige Ausbildung zu kurz gefasst sein und demzufolge muss eine längere Ausbildungszeit von mindestens zweieinhalb, wenn nicht gar drei Jahren ins Auge gefasst werden.

Gute Ausbildung braucht hoch qualifizierte und motivierte Lehrkräfte

Eine Polizeiausbildung auf höchstem Niveau ist auch eine Visitenkarte für den Freistaat Thüringen. Je besser der Ruf, desto mehr junge Menschen werden sich auch für eine Ausbildung und ihren zukünftigen Lebensmittelpunkt in Thüringen entscheiden.

Dem Anspruch für eine gute Ausbildung kann man jedoch nur gerecht werden, wenn auch die dafür benötigten Lehrkräfte eine berufliche Perspektive am Bildungszentrum erhalten. Voraussetzung hierfür ist eine deutliche Erhöhung des wissenschaftlichen Hintergrundes. Es müssen Professuren eingerichtet sowie Promotionen ermöglicht werden. Eigene Promotionen würden viel zur Analyse und weiteren Entwicklung der Thüringer Po-

lizei beitragen. Gleichzeitig würde die Einrichtung von Professuren Lehrkräfte aus dem gesamten Bundesgebiet anziehen. Lehrkräfte, welche bereits Erfahrungen in anderen Bundesländern sammeln konnten, und diese in die Thüringer Polizeiausbildung einbringen, was letztendlich ein Gewinn für alle Beteiligten wäre.

Grundsätzlich sollten auch Überlegungen für eine spezialisierte Fachausbildung getroffen werden. In solche Überlegungen müssen auch die spezifischen Anforderungen an die Thüringer Polizei einbezogen werden. Jedoch darf die Spezialisierung nicht dazu führen, dass normales und benötigtes Verwaltungshandeln darunter leidet und in der Ausbildung zugunsten der Spezialisierung nicht genügend gelehrt wird. Die Spezialisierung darf keine Rolle auf die Bewerberzahlen oder den Nachwuchs ausüben, sondern einzig und allein dem Zweck der Verbesserung der Ausbildungsziele dienen.

Entlastung des Standortes Meiningen durch verstärkte Ausbildung in Gotha

Eine nachhaltige Entwicklung der Polizeiausbildung in Thüringen wird sich am Bildungszentrum in Meiningen nicht allein realisieren lassen. Zumal dort die vorhandenen räumlichen Kapazitäten bereits jetzt an ihre Grenzen stoßen. Hier wäre zu überlegen, die Thüringer Verwaltungsfachhochschule am Standort Gotha als Ausbildungsstandort einzubeziehen. Sofern dort freie Kapa-

Impressum:

Landesverband und Redaktion:
Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e. V. unter Vorsitz von Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)
Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt
Tel.: 0361.2657097
Fax: 0361.2658959
E-Mail:
presse@DPoIG-Thueringen.de
Twitter: @DPoIGThueringen
ISSN 09 45 – 05 13

Autoren sind in den Beiträgen bezeichnet und der Redaktion namentlich bekannt.

zitäten vorhanden sind, wäre es eine Verschwendung von Steuergeldern, wenn diese nicht genutzt werden würden. Die ohnehin vorhandene gute Verkehrsbindung beider Standorte würde für solch eine Lösung sprechen.

▶ Verstärkte Supervision als Ausbildungsinhalt wünschenswert

Wichtige Ereignisse und für den Polizeidienst stattgefunden besondere Lagen sollten verstärkt in die polizeiliche Supervision zur besseren Krisen- und Konfliktbewältigung sowie Krisenprävention einbezogen werden.

Hierfür hält die DPoIG in Thüringen die Einrichtung eines eigenen Organisationsbereiches an der Bildungseinrichtung in Meiningen, welcher unabhängig seine Arbeit verrichtet und daraus resultierende wissenschaftliche Schlussfolgerungen als beratende Stelle für die Polizei im Freistaat zur Verfügung stellt, für zielführend.

▶ Abrecher und Ausfallquote muss Berücksichtigung finden

Die zukünftige Planung der Polizeiausbildung muss aber

auch Erfahrungen aus der Vergangenheit einbeziehen. Speziell betrifft dies die Tatsache, dass ein nicht geringer Teil die begonnene Ausbildung nicht abschließt. Die Gründe hierfür sind vielfältig und sollen im Rahmen dieses Beitrages auch nicht näher erörtert werden.

Vielmehr sollte der Blick auf die Auffüllung gerichtet sein. Zwingend sollte angestrebt werden, dass in den Polizeidienst auch so viele Polizeianwärter überführt werden, wie es die ursprüngliche Einstellungszahl vorsah.

Das würde bedeuten:

Sind zum Beispiel 15 Anwärter ausgefallen und stehen für den Polizeidienst nicht mehr zur Verfügung, ist eine zeitnahe Einstellung von 15 neuen Anwärtern anzustreben.

▶ Prüfungsfreier Aufstieg kann nicht generell ermöglicht werden

Als DPoIG vertreten wir die Auffassung, dass allen Polizeibeamten der Aufstieg bis zum Statusamt A 11 nach zeitlichen Vorgaben innerhalb ih-

res Berufslebens zu ermöglichen ist. Hierzu sind jedoch die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Andere Bundesländer praktizieren diese Verfahrensweise seit Jahren.

Für die Polizeibeamten des gehobenen Dienstes ist dementsprechend eine Verwendung bis ins Statusamt A 14 und für die Polizeibeamten des höheren Dienstes bis ins Statusamt A 15 zu ermöglichen. Ebenfalls sind die hierzu notwendigen gesetzlichen Regelungen zu schaffen.

Das Prinzip der Befähigung, Eignung und Leistungsbewertung sollte auf den vorgegebenen Zielen Abstimmung erfahren. Einen generellen prüfungsfreien Aufstieg hält die DPoIG nicht für zielführend.

▶ Gewinnung von zivilen Bürokräften nicht zielführend

Immer wieder wird die Gewinnung ziviler Bürokräften als Möglichkeit einer Entlastung der Bediensteten der Thüringer Polizei gebracht. Die DPoIG sieht dies nicht als zweckmäßig an, da die

Polizeiarbeit eine Tätigkeit im Kernbereich der hoheitlichen Verwaltung und somit Beamten vorbehalten ist. Zivile Bürokräften dienen der allgemeinen Unterstützung des hoheitlichen Bereiches, aber sie werden im hoheitlichen Bereich nicht tätig.

Eine Entlastung des Vollzugsbereiches der Thüringer Polizei könnte durch den verstärkten Einsatz von Verwaltungsbeamten als Dienstkräften der Thüringer Polizei gesehen werden. Dies machen uns andere Länderpolizeien seit Jahren vor.

So könnte durch Schaffung einer neuen Laufbahn für Polizeiverwaltungsbeamte (zum Beispiel Vorbild Bayern) eine Entlastung in folgenden Bereichen zeitnah realisiert werden:

- > Verkehrsüberwachung,
- > Wirtschaftskriminalität,
- > Computerkriminalität,
- > Innendienst und andere.

So könnten diese Polizeiverwaltungsbeamten nach Umschulung oder Einrichtung eines speziellen Ausbildungsbereiches eingesetzt werden. ■

DPoIG fordert Anhebung der Planstellen

Im Rahmen eines offenen Briefes an den Thüringer Ministerpräsidenten vom September dieses Jahres, welcher ebenfalls an alle Fraktionen versandt und im POLIZEISPIEGEL veröffentlicht wurde, haben wir für die Verhandlungen zum Haushalt 2021 aufgefordert, den Notwendigkeiten für eine langfristige und stabile Entwicklung der Polizei Rechnung zu tragen. Dazu gehört eine den Aufgaben entsprechende Ausstattung, aber vor allem auch eine dem Aufgabenumfang entsprechende personelle Ausstattung sowie die

Untersetzung der hierfür notwendigen Planstellen.

Die Schaffung entsprechender Planstellen ist jedoch nur eine Seite. Gutes Personal bekommt man jedoch nur, wenn auch entsprechende Perspektiven in der beruflichen Laufbahn vorhanden sind. Es geht nicht an, dass Kolleg(inn)en teils über Jahrzehnte in ihrer Eingangsbesoldung festhängen. Das erzeugt Frust und lässt viele Kolleginnen und Kollegen nach beruflichen Alternativen, entweder in einem anderen Bundesland oder in der freien

Wirtschaft suchen. Das kann auch nicht im Interesse des Dienstherrn liegen!

DPoIG fordert Anhebung der Eingangssämter

Im Interesse der Erhöhung der Attraktivität des Polizeiberufes im Freistaat, fordert die DPoIG unter anderem die Anhebung der Eingangssämter im mittleren Dienst und dementsprechende Stellenhebungen im Haushalt 2021, vor allem nach drei Jahren als Beamter auf Probe/Lebenszeit eine Beförderung in A 8 Voll-

zug und A 7 Verwaltung in der Polizei.

Eine weitere bedeutende Anhebung im Haushalt 2021 der Planstellen in A 9 soll ein Mehr an Beförderungen von der A 8 in die A 9 im Vollzug und der A 7 in die A 8 in der Verwaltung ermöglichen.

Nur mit guten Perspektiven wird es gelingen, Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei in Thüringen zu halten, und auch junge Menschen für den Polizeiberuf im Freistaat zu begeistern.

INFORMATION

zur Bescheinigung der im Jahr 2020 gezahlten Mitgliedsbeiträge zur Vorlage beim Finanzamt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie jedes Jahr mehren sich in unserer Geschäftsstelle zum Jahreswechsel die Anfragen nach einer Bescheinigung der gezahlten Mitgliedsbeiträge zur Vorlage beim Finanzamt. Aus diesem Grund hier noch einmal folgende Hinweise:

- > Aufgrund der ansonsten entstehenden Kosten erfolgt wie in den letzten Jahren kein automatischer Versand der Beitragsbescheinigung!
- > Wer eine Beitragsbescheinigung benötigt, kann diese schriftlich oder telefonisch über unsere Landesgeschäftsstelle anfordern. Ebenso ist die Anforderung per E-Mail bei der Geschäftsstelle (dpolg@dpolg-thueringen.de)

oder direkt unter finanzen@dpolg-thueringen.de möglich.

- > Bei der Anforderung bitte angeben, ob die Beitragsbescheinigung im Original benötigt wird oder der Versand per E-Mail (PDF-Dokument) erfolgen kann. Für den Postversand bitte die aktuelle Wohnanschrift mit angeben, da nach unserer Erfahrung die hier vorhandene Adresse nicht immer korrekt ist. So werden gegebenenfalls unnötige Verzögerungen vermieden. Für den Versand per E-Mail benötigen wir dementsprechend eine aktuelle E-Mail-Adresse.
- > Wir bitten schon im Voraus um Verständnis, dass die Beitragsbescheinigung nicht in jedem Fall sofort erstellt und versandt werden kann. Wir sind aber bestrebt, alle An-

fragen innerhalb von 14 Tagen zu erledigen. Wird also eine Bescheinigung zu einem bestimmten Zeitpunkt benötigt, bitte rechtzeitig anfordern.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass sich die Höhe unserer Mitgliedsbeiträge nach der jeweiligen Besoldungs- beziehungsweise Entgeltgruppe des Mitglieds richtet und jedes Mitglied verpflichtet ist, Änderungen dieser Angaben zu melden. Dies ist insbesondere für die Inanspruchnahme unserer Serviceangebote (Versicherungsleistungen) von Bedeutung, da diese nur bei ordnungsgemäßer Beitragszahlung gewährt werden.



Soweit sich bei Ihnen in den letzten Monaten/Jahren in dieser Hinsicht oder auch bei anderen Angaben (Wohnanschrift, Dienststelle, Bankverbindung, ...) Änderungen ergeben haben und diese gegebenenfalls noch nicht gemeldet wurden, können Sie dies jederzeit nachholen und ihre Daten aktualisieren. Als Ansprechpartner stehen die jeweiligen Kreisvorsitzenden sowie unsere Landesgeschäftsstelle zur Verfügung. Gern können Sie entsprechende Informationen auch per E-Mail uns direkt zusenden. Die Adresse lautet: finanzen@dpolg-thueringen.de

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde und Unterstützer der DPoIG Thüringen e. V.,

ich habe einmal die Dezemberausgabe des POLIZEISPIEGELS des letzten Jahres zur Hand genommen, in der meine Weihnachts- und Neujahrsgrüße wie folgt begannen:

„Wenn Sie diese Ausgabe des POLIZEISPIEGELS in der Hand halten, haben sicher die ersten schon einen Besuch auf einem der vielen schönen Weihnachtsmärkte in Thüringen gemeinsam im Kreise der Familie und Lieben genossen und sich auf die Adventszeit eingestimmt.“

Das war vor einem Jahr und zu einer Zeit, in der noch niemand

ahnen konnte, dass in diesem Jahr alles anders sein wird. Nahezu alle Weihnachtsmärkte in Thüringen wurden abgesagt und für viele wird sich die weihnachtliche Stimmung auf die eigenen vier Wände beschränken müssen. Aber eventuell ist dies ja auch eine Möglichkeit, zur Ruhe zu finden und die Ereignisse des vergangenen Jahres Revue passieren zu lassen. War es doch auch ein Jahr, welches unsere Kolleginnen und Kollegen vor zusätzliche und bislang so nicht gekannte Herausforderungen stellte. Corona war das seit dem Frühjahr dominierende

Thema, welches alle Lebensbereiche durchzog.

Auch für unsere Kolleginnen und Kollegen bedeutete dies Veränderungen, welche sie so zuvor nicht kannten. Viele aus dem Verwaltungsbereich waren angehalten, ihre Arbeit im Homeoffice zu verrichten. Gut waren da diejenigen dran, welche zu Hause schon einen Schreibtisch hatten. Andere mussten sich ihren Arbeitsplatz am Küchentisch oder im Wohnzimmer einrichten. Aber irgendwie gelang es doch.

Homeoffice, was soll das, werden sich die Kollge(inn)en im Streifendienst oder der Bereitschaftspolizei gefragt haben. Gerade sie waren und sind besonderen Belastungen ausge-



> DPoIG-Landesvorsitzender Jürgen Hoffmann

setzt. Einerseits kam bei vielen die Unsicherheit über ein mögliches Infektionsrisiko und eventuelle Folgen auf. Erst schrittweise lernten unsere Kolleg(inn)en mit diesem im Alltag umzugehen. Doch Infek-

tionen mit dem Coronavirus waren eben auch nicht gänzlich auszuschließen, so fielen immer wieder Kollegen aus, die sich infiziert haben oder vorsorglich in Quarantäne geschickt wurden. Für die Kolleg(inn)en im Streifendienst bedeutete dies eine zusätzliche Belastung. Ein Zustand, der so nicht weiter hingenommen werden kann, da wir ohnehin seit Jahren an der Belastungsgrenze arbeiten. Diese dauerhafte Belastung führt zu weiteren krankheitsbedingten Ausfällen. Wir befinden uns gegenwärtig in einem Teufelskreis, den es zu durchbrechen gilt. Wir als gewerkschaftliche Vertretung werden hier alles in unseren Kräften Stehende tun, um eine langfristige Entlastung unserer Kolleg(inn)en herbeizuführen. Dies wird kein einfacher und wie die Erfahrung zeigt, auch ein langwieriger Weg sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

leider ist gegenwärtig noch keine Linderung der Personalsituation in Sicht. Auch wenn die Landesregierung den Stellenabbaupfad gestoppt hat, und in diesem Jahr 300 Kolleg(inn)en ihre Ausbildung am Bildungszentrum in Meiningen begonnen haben, so sind wir von einer Personalstärke, wie es sie zu Beginn dieses Jahrzehnts gab, noch weit entfernt. Dies bei stetig steigenden Anforderungen im täglichen Dienst. Leider zeigt die Erfahrung auch, dass bei Weitem nicht alle ihre Ausbildung in Meiningen beenden werden. Somit stehen am Ende eben nicht die neu eingestellten Kolleg(inn)en in den verschiedenen Dienststellen zur Unterstützung bereit.

Als gewerkschaftliche Interessenvertretung hatten wir für dieses Jahr 300 Neueinstellungen gefordert, hinzu kommt unsere Forderung für zusätzli-

che Einstellungen, um diejenigen zu ersetzen, welche ihre Ausbildung in Meiningen aus den verschiedensten Gründen nicht abgeschlossen haben. Wenn wir jedoch tatsächlich zur alten Personalstärke zurückfinden wollen, und das ist im Angesicht der vor uns stehenden Aufgaben unumgänglich, dann müssen wir noch weit über die geforderte Anzahl von 300 Neueinstellungen hinausgehen. Realistisch wären jährlich 500 Neueinstellungen. Natürlich müssen hierfür auch die Voraussetzungen geschaffen werden. Wir als Gewerkschaft können im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützend wirken, doch umsetzen muss dies die Landesregierung. Auch wenn einige dabei erst einmal über ihren eigenen Schatten springen müssen.

All das können wir um so besser umsetzen, je mehr sich Kolleg(inn)en dafür entscheiden, gemeinsam mit uns an einem Strang zu ziehen. Deshalb freut es mich besonders, dass sich in Meiningen so viele, wie bisher noch nie für eine Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft entschieden haben. Mir ist auch aufgefallen, dass sich unsere jungen Kolleg(inn)en sehr gut überlegt haben, warum sie gerade zu uns kommen. Natürlich, und das sage ich nicht ohne Stolz, sind wir bei unseren Angeboten überlegen. Allein der umfassende Rechtsschutz, welchen wir unseren Kolleg(inn)en anbieten, ist ein unschlagbares Argument.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hinter uns liegt ein ereignisreiches Jahr. Im November des vergangenen Jahres hatten wir unseren Landesdelegiertentag, und viele Kolleginnen und Kollegen haben sich entschieden, sich aktiv in einer Position in unsere Gewerkschaft einzubringen. Gewählt wurde ein

Mix aus erfahrenen und in der Führung einer Gewerkschaft weniger erfahrenen Kolleginnen und Kollegen. Auch wenn der Start durch die coronabedingten Einschränkungen nicht ganz so einfach war, so kann ich nach einem Jahr einschätzen, dass es uns durch das besondere Engagement unserer Kollegen in den Leitungsgremien gelungen ist, nahtlos an die gute Arbeit der vergangenen Jahre anzuschließen und auch neue Akzente zu setzen. Dafür gilt allen Beteiligten mein besonderer Dank!

Das kommende Jahr wird wohl auch Veränderungen auf der politischen Ebene mit sich bringen. Nach heutigem Stand werden im April Landtagswahlen stattfinden. Wie auch immer diese ausgehen werden und wie sich die neue Landesregierung zusammensetzen wird. Als Gewerkschaft werden wir darauf dringen, dass die Polizei im Freistaat nicht als Stiefkind behandelt wird, sondern Maßnahmen zur Umkehr des Stellenabbaus und der damit verbundenen nachhaltigen Entlastung unserer Kolleg(inn)en ergriffen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

durch ihre Arbeit haben Sie dazu beigetragen, dass die Bevölkerung in Thüringen auch im vergangenen Jahr in Sicherheit leben konnte. Das ist bei dem anhaltenden Personalmangel sowie den zusätzlichen Anforderungen bei der Bewältigung der Corona-Krise keine Selbstverständlichkeit, sondern Ihrem Einsatzwillen und der Bereitschaft mehr als das im Dienst Geforderte zu tun. Dafür möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen danken. Dabei jedoch auch eine Mahnung an die kommende Landesregierung senden: Einfach anzunehmen, dass unsere Kollegen bei gestiegenen Aufgaben und anhaltender Unter-



© Roland Spitzer

besetzung den Anforderungen an die Polizeiarbeit in Thüringen gerecht werden können, ist ein Fehlschluss, der sich nicht erst dann als wahr erweisen sollte, wenn Ereignisse eintreten, welche die Sicherheit unserer Menschen im Freistaat gefährdet.

Liebe Mitglieder der DPoIG, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Freunde,

ich wünsche Ihnen eine gesegnete Weihnacht und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2021.

Die Kolleginnen und Kollegen der DPoIG, egal ob in Personalvertretungen oder in unseren Vorstandsgremien, werden auch hier für euch da sein, um Eure Interessen und Belange anzusprechen, durchzufechten sowie ständig Lösungsansätze aufzuzeigen und um deren Umsetzung zu ringen.

Euer
Landesvorsitzender

Jürgen Hoffmann